

Religion, Kirche und Staat

Der Staat: Der absolute Geist?

Georg F.W. Hegel (1770-1831) schreibt in seinen „Grundlinien der Philosophie des Rechts“¹ dem Staat einen quasi gottgleichen Charakter zu: „es ist der Gang Gottes in der Welt, dass der Staat ist, sein Grund ist die Gewalt der sich als Wille verwirklichenden Vernunft“ (WW 7, 403). Hegel geht es dabei primär um die Idee des Staates, nicht um real existierende Staaten. Der Staat stellt die Wirklichkeit des Rechts dar. In ihm realisiert und vollendet sich die Freiheit. „Der Staat ist als die Wirklichkeit des substantiellen Willens, die er in dem zu seiner Allgemeinheit erhobenen besonderen Selbstbewusstsein hat, das an und für sich Vernünftige. ... Wie dieser Endzweck das höchste Recht gegen die Einzelnen hat, deren höchste Pflicht es ist, Mitglieder des Staats zu sein“ (WW 7, 399), weswegen es „nicht von der Willkür der Einzelnen abhängig“ sein darf, den Staat wieder zu verlassen (WW 7, 159). Der Staat hat für Hegel einen Selbstzweck. Es muss eine Institution geben, in der „das Interesse der Einzelnen als solcher“ nicht der „letzte Zweck“ ist (WW 7, 399). In ihm durchdringen sich objektive und subjektive Freiheit. Das oberste Prinzip des Staates soll ein objektiver Wille sein, dessen Geltungsanspruch nicht davon abhängt, ob das Vernünftige „von Einzelnen erkannt und von ihrem Belieben gewollt werde oder nicht“ (WW 7, 401).

¹ Georg F.W. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (WW 7, ed. Moldenhauer/Michel), Stuttgart 1970.

In der Hegelschen Sicht der Weltgeschichte² ist das Leben im Staat und die Hingabe an ihn der absolute Geist als wirklich und vollständig absoluter. Dabei tritt in der Ethik Hegels das subjektive bzw. personale Moment außerordentlich zurück. Sich in die sittliche Substanz zu versenken das erscheint als die eigentliche Aufgabe des Subjekts. Das Einzelne ist für Hegel im Grunde genommen das Böse: „Dem allgemeinen Bewusstsein gilt die Einzelheit als das Böse.“ (WW 2, 506). Böse sein heißt „mich vereinzeln.“ (WW 16,264) Das Endliche muss für Hegel abgearbeitet und schließlich in den Taumel des absoluten Geistes hinein geopfert werden. Der Gehorsam des endlichen Subjektes ist dementsprechend ein Selbstopfer, das am Ende vom absoluten Geistsubjekt absorbiert und in sich hinein gefressen wird (WW 16, 257ff). Der Einzelne ist bloß Futter, Material für das Ganze. In der Hoffnung auf eine personale Auferstehung der Toten sieht Hegel eine Hybris des Subjektes. Der Hegelsche absolute Geist ist letztlich ein Moloch, dessen Gott-Sein am Tod des Menschen erkannt wird. - Der Nationalismus, die Ersatzreligion des neunzehnten Jahrhunderts, verkündete ein „heiliges Vaterland“, feierte den Heldentod als neues „Selbstopfer“, darzubringen auf dem „Altar des Vaterlandes“. Der Erste Weltkrieg, so Reinhart Koselleck – wurde als „heilige Geschichte“ erlebt, als „das Gethsemane des deutschen Volkes“. So predigte mit am lautesten die deutsche Elite in Wissenschaft und Kunst, und das auch weiter nach der Niederlage. Ernst Jünger verkündete in seinem „Arbeiter“ von 1923: „Das tiefste Glück des Menschen besteht darin, dass er geopfert wird, und die höchste Befehlskunst darin, Ziele zu zeigen, die des Opfers würdig sind.“

Königsherrschaft Christi

Mit Papst Pius XI. fordert der erste Administrator der Apostolischen Administration Innsbruck-Feldkirch, Sigismund Waitz³, 1925 – und das ist grundlegend für das da-

² Gegen die politische Theorie Hegels vgl. Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen, München ⁶1980, 36-101 (Hegel und der neue Mythos der Horde).

³ Sigismund Waitz, geboren am 29. Mai 1864 in Brixen als Sohn eines Kaufmanns. Studium in Brixen und Innsbruck, Priesterweihe 1886, Professor für Moraltheologie am Brixner Priesterseminar, Religionslehrer und Erzieher des Erzherzogs Karl in Wien, am 24. April 1913 zum Generalvikar für Vorarlberg, am 9. Mai 1913 zum Weihbischof/Titularbischof ernannt, am 8. Juni in Brixen durch Fürstbi-

malige Verständnis von Glaube und Leben, von Religion und Politik, von Personalität und Öffentlichkeit - die Anerkennung des Königtums Christi in allen Bereichen des menschlichen Lebens: Staatsregierungen, Landesregierungen und Ortsbehörden, Heiligung des Familienlebens: „Diese Königsherrschaft ist auf vorzügliche Weise geistlich und erstreckt sich auf Geistliches. ... Im Übrigen wird schmäählich irren, wer dem Menschen Christus die Herrschaft über irgendwelche bürgerlichen Angelegenheiten abspricht.“⁴ Ohne Kirche ging damals fast gar nichts in der Öffentlichkeit, aber auch im persönlichen Leben. Pfarrer und Katecheten haben bestimmt, wer in eine höhere Schule gehen darf. Sie hatten entscheidenden Einfluss auf Biographien und auch Macht in ihrem Bereich. - Die Zeitfragen der 20er und 30er Jahre sind gesellschaftspolitisch nicht ganz so weit von denen der 70er und der Gegenwart weg. Es waren Fragen der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls, Ehe, Familie bis hin zu Abtreibung. Damals wie heute war der konfessionelle Religionsunterricht ein Thema, ging bzw. geht es um Fragen der Autorität und des Friedens. Damals wie heute stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Politik, zwischen Kirche und Gesellschaft.

Der Staat: Das große Tier?

Ganz anders als bei Hegel ist die Einschätzung des Staates bei der französischen Philosophin Simone Weil (1909-1943)⁵. Das Soziale, das Kollektiv, der Staat stehen

schof Egger konsekriert. Am 17. Jänner 1919 Ernennung zum Delegatus Sanctae Sedis für den von den Italienern nicht besetzten Teil der Diözese, 9. April 1921 Apostolischer Administrator des österreichisch gebliebenen Teils der Diözese Brixen, am 12. Dezember 1925 Ernennung zum Apostolischen Administrator von Innsbruck-Feldkirch mit allen Rechten und Pflichten eines Residentialbischofs. Am 10. Dezember 1934 wählt ihn das Salzburger Domkapitel aus einem römischen Dreiervorschlag nach dem im Konkordat von 1933 festgelegten Modus zum Fürsterzbischof von Salzburg. Am 30. Oktober 1941 stirbt er in Salzburg. Lit.: Helmut Alexander (Hg.), Sigismund Waitz. Seelsorger, Theologe und Kirchenfürst, Innsbruck 2010.

⁴ Pius XI., Enzyklika „Quas primas“ zur Einführung des Christkönigsfestes vom 11. Dezember 1925, in: AAS 17 (1925) 595-601; DH 3675-3679, hier 3678f.

⁵ Simone Weil, geboren am 3.2.1909 in Paris, schloss 1925 das Bakkalaureat in Philosophie ab, im Herbst 1928 wurde sie in die Ecole Normale Supérieure aufgenommen. 1931 Lehramt an höheren Schulen, war aber auch in Gewerkschaften tätig und nahm an Arbeiterdemonstrationen teil. Tätigkeiten als Fabrikarbeiterin. Im August 1936 schloss sie sich einer Gruppe internationaler Freiwilliger an und reiste nach Spanien. In Portugal, Assisi und in der Benediktinerabtei Solesme fühlte sie sich den „Mysterien des christlichen Glaubens ganz zugehörig.“ Nach dem Einmarsch der Deutschen im Mai/Juni 1940 ging die Familie zunächst nach Vichy, dann nach Marseilles und in die

für das Böse der totalitären und diktatorischen Regime. Simone Weil verbindet Platons Politeia mit dem Neuen Testament. Vom „großen Tier“, d.h. der Masse, der Menge, die nur nach Reflexen, Vorurteilen und Meinungen urteilt und handelt, spricht Platon im VI. Buch der Politeia. Simone Weil spricht vom „sozialen Tier“ und meint damit die Nation, die Partei, das Kollektiv, den Gesamtbereich der Herrschaft des Politisch-Sozialen. „Das Soziale ist unaufhebbar der Bereich des Fürsten dieser Welt. Dem Sozialen gegenüber hat man keine anderen Pflichten, als sich um die Beschränkung des Bösen zu bemühen. ... Das Soziale unter der Aufschrift des Göttlichen: berauschte Mischung, die jede Willkür in sich schließt. Der verkappte Teufel.“⁶ Freilich ist es nicht das Soziale an sich, sondern das gewalttätige Kollektiv, das Kollektiv, dem götzendienerisch die Freiheit geopfert wird. Dem Sozialen bzw. dem Kollektiv schreibt Simone Weil die natürliche Neigung zu, seine Gewalt zu missbrauchen⁷. Aller Götzendienst gilt dem Kollektiv. Dabei kritisiert Weil sowohl die rechten Varianten des Nationalsozialismus bzw. Faschismus als auch ganz massiv den linken Sozialismus und die Revolution: „Die Illusion der Revolution besteht darin, zu glauben, die Opfer der Gewalt, da sie an den sich ereignenden Ausschreitungen unschuldig sind, würden, wenn man die Gewalt in ihre Hände legte, einen gerechten Gebrauch von ihr machen. Aber außer bei denen, die der Heiligkeit zumindest nahe kommen, sind die Opfer durch die Gewalt ebenso befleckt wie die Henker. Das Böse, das am Griff des Schwertes sitzt, teilt sich durch die Spitze mit. Und so verüben die Opfer, nach oben gelangt und von dem Wechsel berauscht, ebenso viel oder noch mehr Böses, dann sinken sie bald wieder herab. Der Sozialismus besteht darin, das Gute bei den Besiegten zu suchen; der Rassismus, es bei den Siegern zu suchen. Doch der revolutionäre Flügel des Sozialismus bedient sich derer, die, ob-

USA. Am 10.11.1942 reiste sie per Schiff nach Liverpool, um bei der „Forces de la France libre“ mitzuarbeiten. Sie wurde aber weniger in der „Résistance“ als in der Grundlagenarbeit gebraucht. Simone Weil starb am 24. August 1943. Todesursache: Herzversagen durch Schwächung des Herzmuskels infolge Fasten und Tuberkulose.

⁶ Simone Weil, Zeugnis für das Gute. Traktate, Briefe, Aufzeichnungen. Aus dem Französischen übersetzt und herausgegeben von F. Kemp, München 1990, 196. „Hieraus ergibt sich, dass das Soziale unaufhebbar der Herrschaftsbereich des Teufels ist. Das Fleisch treibt uns, *ich* zu sagen, und der Teufel treibt uns, *wir* zu sagen.“ (a.a.O. 98). Vgl. Simone Weil, *Schwerkraft und Gnade*. Aus dem Französischen übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Friedhelm Kemp, München 1989, 214; Simone Weil, *Vorchristliche Schau*. Übers. von Fritz Werle, München-Planegg 1959, 125.

⁷ A.a.O. 122.

wohl niedrig geboren, von Natur und aus Berufung Sieger sind; und so landet er bei der gleichen Ethik.“⁸

Dem Rad in die Speichen fallen

Dietrich Bonhoeffer (1906-1945)⁹ hatte das Attentat auf Hitler befürwortet und mit vorbereitet. „Wir können nicht nur die Wunden der Opfer verbinden, wir müssen dem Rad in die Speichen fallen“, ist seine Überzeugung. Seine Kirche ignoriert ihn. „1. Die Kirche hat den Staat zu fragen, ob sein Handeln von ihm als legitim staatliches Handeln verantwortet werden könne ... 2. Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde zugehören ... 3. Wenn die Kirche den Staat ein Zuviel oder ein Zuwenig an Ordnung und Recht ausüben sieht, kommt sie in die Lage, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen.“¹⁰ Wenn also ein Betrunkener mit dem Auto fährt und einen Unfall verursacht, genügt es nicht, das Opfer unter dem Auto zu verbinden, man muss dem Betrunkenen den Führerschein wegnehmen. Um etwas zu bewirken, muss man die Ursache für das Unglück aus der Welt schaffen, also den Wagen daran hindern weiter zu fahren. Nur das Zudecken der Wunden reicht nicht aus, wenn durch das Weiterrollen immer neue geschlagen werden.

Die Forderung nach Entweltlichung

⁸ Zeugnis für das Gute 229; Schwerkraft und Gnade 232. Vgl. dazu die Beiträge von Géraldi Leroy, Der Aufstieg der Hitlerbewegung in der Sicht Simone Weils (1932-1933), in: Heinz Robert Schlette / André Devaux (Hg.), Simone Weil. Philosophie – Religion – Politik, Frankfurt a.M. 1985, 205-217; Heinz Abosch, Simone Weils Marxismus-Kritik, in: ebd. 218-234; Simone Fraisse, Die Nation im Denken Simone Weils, in: ebd. 235-251.

⁹ Dietrich Bonhoeffer, geboren am 4. Februar 1906 in Breslau, nahm ab April 1933 öffentlich Stellung gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung und engagierte sich im Kirchenkampf gegen die Deutschen Christen und den Arierparagraphen. Ab 1935 leitete er das Predigerseminar der Bekennenden Kirche in Finkenwalde, das, später illegal, bis 1940 bestand. Etwa ab 1938 schloss er sich dem Widerstand an, 1940 erhielt er Rede- und Schreibverbot und 1941 Schreiverbot. Am 5. April 1943 wurde er verhaftet und zwei Jahre am 9. April 1945 später auf ausdrücklichen Befehl Hitlers als einer der letzten NS-Gegner im KZ Flossenbürg hingerichtet. Lit.: Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Theologe – Christ – Zeitgenosse. Eine Biographie. Chr. Kaiser, München 1968.

¹⁰ Dietrich Bonhoeffer, Die Kirche vor der Judenfrage, DBW 12, 349-358, hier 353f.

Papst Benedikt XVI. sagte in seiner Rede am 25. September 2011 im Freiburger Konzerthaus in Bezug auf das Verhältnis der Kirche zur Welt: „Um ihre Sendung zu verwirklichen, wird sie auch immer wieder Distanz zu ihrer Umgebung nehmen müssen, sich gewissermaßen ent-weltlichen“.¹¹ Das Stichwort „Entweltlichung“, man kann aufgrund der Reaktionen auf die Rede von Papst Benedikt vielleicht auch von einem Reizwort sprechen, ruft sehr widersprüchliche Auslegungen hervor, von „der Verharmlosung als geistliches Wort bis zur Dramatisierung als Auftakt zu einer radikalen Veränderung des Kirche-Staats-Verhältnisses“ war die Rede. Zuweilen war auch die Aufforderung zu vernehmen, die Kirche möge sich doch aus allem weltlichen Handeln zurückziehen und sich - salopp gesagt - auf ihr „Kerngeschäft“ fokussieren. Um Klarheit zu erhalten, was Papst Benedikt XVI. in dieser Ansprache unter „Entweltlichung“ verstanden hat, erscheint es notwendig, zuerst zu klären, was die Kirche unter „Welt“ versteht. Nimmt man Bezug zum neutestamentlichen Weltverständnis, dann zeigt sich sehr deutlich eine ambivalente Wertung der Welt: Auf der einen Seite ist die Welt als von Gott geschaffen gut. Jesus fordert seine Jünger nicht zur Weltflucht oder Weltverachtung auf, sondern versieht sie mit dem Auftrag, hinaus in die Welt zu gehen und die Botschaft vom Reich Gottes zu verkünden. Auf der anderen Seite steht die Mahnung des Apostel Paulus: „Gleicht euch nicht dieser Welt an, sondern wandelt euch und erneuert euer Denken“ (Röm 12, 2) - und im Ersten Johannesbrief ist zu lesen: „Liebt nicht die Welt und was in der Welt ist! Wer die Welt liebt, hat die Liebe zum Vater nicht. Denn alles, was in der Welt ist, die Begierde des Fleisches, die Begierde der Augen und das Prahlen mit dem Besitz, ist nicht vom Vater, sondern von der Welt“ (1 Joh 2,15f.).

Auch Jesus habe sich der „Urversuchung zum politischen Messianismus“ entzogen, erinnerte Kardinal Schönborn bei einem Gottesdienst zum 70. Gründungstag der Österreichischen Volkspartei am 17. April 2015: „Jeder Versuch einer politischen Religion oder einer religiösen Politik ist gefährlich. Religion soll Religion bleiben und Politik Politik“. Die Unterscheidung von Religion und Politik sei „das kostbare Ferment, das Jesus und das Christentum in die Welt gebracht haben“. Dabei gehe es nicht um eine „feinsäuberliche Trennung“, wohl aber um „ein klares Nein zur Vermi-

¹¹ Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2011.

schung“. Grundsätzlich rief Schönborn die Politik auf, ihre Verantwortung für die Gesellschaft anzunehmen. „Abwarten und sehen - diese Haltung hat vieles für sich und ist manchmal auch richtig“, sagte der Kardinal. „Politik heißt jedoch immer auch Wille zu Gestaltung.“¹²

Kooperation von Kirche und Staat¹³

In der Pastoralconstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“ heißt es zum Verhältnis von Kirche und Staat: „Die politische Gemeinschaft und die Kirche sind auf je ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom. Beide aber dienen, wenn auch in verschiedener Begründung, der persönlichen und gesellschaftlichen Berufung der gleichen Menschen. Diesen Dienst können beide zum Wohl aller umso wirksamer leisten, je mehr und besser sie rechtes Zusammenwirken miteinander pflegen.“ Indem die Kirche „die Wahrheit des Evangeliums verkündet und alle Bereiche menschlichen Handelns durch ihre Lehre und das Zeugnis der Christen erhellt, achtet und fördert sie auch die politische Freiheit der Bürger und ihre Verantwortlichkeit.“¹⁴

Wie muss also ein Verhältnis von Staat und Kirche aussehen, ein Religionsrecht, das den Kirchen einen Mittelweg zwischen Verweltlichung und Entweltlichung anbietet und ermöglicht? Man würde sagen, Staat und Kirche müssen grundsätzlich getrennt sein, weil sie unterschiedliche Dinge sind und unterschiedliche Aufträge haben. Der Staat soll eben Staat, und die Kirche soll Kirche bleiben. Gleichzeitig würde man sich mit Blick auf die gemeinsamen Anliegen und Ziele aber auch keine ideologische Trennung zwischen den beiden Sphären wünschen, sondern im Sinne des

¹² Kathpress 18. April 2015.

¹³ Reinhard Kardinal Marx, Entweltlichung und / oder Neue Evangelisierung – Zur Verhältnisbestimmung von Kirche und Staat, in: zur debatte 6/2014, 15-17.

¹⁴ Zweites Vatikanisches Konzil, Gaudium et Spes. Pastoralconstitution über die Kirche in der Welt von heute, Text: Herders Theologischer Kommentar zum Zweiten Vatikanischen Konzil, hg. von Peter Hünermann und Bernd Jochen Hilberath, Bd. 1, Freiburg – Basel – Wien 2004, 592-749, hier 726-728; Kommentar von Hans-Joachim Sander, in: Herders Theologischer Kommentar zum Zweiten Vatikanischen Konzil, hg. von Peter Hünermann und Bernd Jochen Hilberath, Bd. 4, Freiburg – Basel – Wien 2005, 581-869.

eben genannten Zitats aus „Gaudium et spes“ eine Zusammenarbeit, wo sich die Anliegen überschneiden und eine Kooperation sinnvoll erscheint.

Das Kooperationsmodell zwischen Kirche und Staat trifft eine Entscheidung für die Trennung von Kirche und Staat bei gleichzeitiger punktueller Zusammenarbeit. Das Kooperationsmodell ist im europäischen Vergleich in der Mitte einsortiert zwischen einem staatskirchlichen Modell auf der einen Seite und einer strikten Trennung von Staat und Kirche auf der anderen.

Viele Kritiker des Kooperationsmodells in Deutschland oder Österreich wollen hin zu einem System einer strikteren Trennung. Die innerkirchlichen Kritiker sind oftmals begeistert von dem vitalen religiösen Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika, der dortigen belebenden Konkurrenzsituation eines Religionsmarktes und sehnen sich deshalb nach dem amerikanischen Modell einer strikten Trennung von Staat und Kirche, das oftmals verkürzt und ohne Hinweis auf die spezielle amerikanische Situation und Tradition als Ursache für das rege religiöse Leben dort angesehen wird. Von diesem Modell einer strikten Trennung bei gleichzeitig hoher öffentlicher Präsenz der Religionen unterscheidet sich das französische Modell einer strikten Trennung, bei dem versucht wird, das Religiöse aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Viele Kirchenkritiker würden unsere Beziehungen von Staat und Kirche gerne hin zu diesem französischen Modell drängen, zu einem Verdrängen der Religion aus der Öffentlichkeit. Denken wir an das Beschneidungsurteil im Jahr 2012 in Deutschland, das auch nach Österreich übergeschwappt ist. Oder denken wir an die Debatte, ob man in öffentlichen Kindergärten nicht besser ein „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ feiern würde als den Heiligen Martin.

Die Tiroler ÖGB-Jugend forderte im Jänner 2015 nach den Attentaten in Frankreich (Charlie Hebdo): „Religion und Staat strikt trennen, Blasphemie-Paragraf streichen, Meinungsfreiheit erhalten ... Für uns hat religiöser Fanatismus oder Extremismus in einer aufgeklärten Gesellschaft nichts zu suchen. Wir sehen dabei aber kein immanentes Problem einer einzelnen Glaubensrichtung, sondern vielmehr ein Problem der Religion im Ganzen. Die strikte Trennung von Kirche und Staat muss in der Verfassung verankert werden. Der Auftakt muss im Bildungssystem mit dem Entfall des

Religionsunterrichts passieren ... Der Religionsunterricht muss durch einen Ethikunterricht, welcher absolut frei von religiösen Inhalten ist, ersetzt werden.“¹⁵

Oder denken wir an die Diskussion über den assistierten Suizid und die Tötung auf Verlangen: „Auch wenn die Kirchen bzw. kirchliche Organisationen einen so genannten assistierten Suizid und eine Freitodbegleitung aufgrund fundamentalistischer Ideologie derzeit noch mehrheitlich ablehnen, steht es ihnen nicht zu, sich in staatsbürgerliche Fragen anmaßend einzumischen. ... Die Empfehlung der Bioethik-Kommission, assistierten Suizid in Ausnahmefällen zuzulassen, geht zwar zu wenig weit, ist aber auch von kirchlicher Seite schlicht zu respektieren. Es gibt in Österreich eine Trennung von Kirche und Staat! Es muss einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Freitodbegleitung und assistierten Suizid geben – und zwar schnell. Die klare Minderheit soll mit ihrem Leben machen, was sie will. Sie darf der großen Mehrheit aber nicht ihren Willen aufzwingen und diese ihres Selbstbestimmungsrechts berauben wollen.“¹⁶ (Wolfgang Obermüller)

Die Linke fordert in Deutschland die Umsetzung einer institutionellen Trennung von Staat und Kirche, einschließlich der Abschaffung der Kirchensteuer, der Militärseelsorge und des herkömmlichen Religionsunterrichts. Stattdessen soll den Schülern nur allgemein ein Wissen über Religionen vermittelt werden, unterrichtet von staatlichen Lehrkräften, unabhängig von kirchlicher Einflussnahme. Sowohl die Grünen als auch Die Linke verlangen in ihren Wahlprogrammen die Ablösung der Staatsleistungen gemäß Art. 138 der Weimarer Reichsverfassung (WRV).

Zum gesellschaftlichen Pluralismus¹⁷

Die Frage des gesellschaftlichen Zusammenlebens heute und morgen beruht auf der Frage, wie Pluralismus so gelebt werden kann, dass er gesellschaftliche Entwicklung fördert und nicht zerstört. Jede Vorstellung, den grundlegenden Pluralismus nicht nur unserer Gesellschaft, sondern in der Welt in dieser oder anderer Weise zu überwinden, spielt mit einem gefährlichen Totalitarismus. In der Diskussion um die Pariser

¹⁵ http://www.oegb.at/cms/S06/S06_26.d.a/1342554462926/home/meldungsueberblick/tiroler-gewerkschaftsjugend-fordert-ende-des-klassischen-religionsunterrichts

¹⁶ Wolfgang Obermüller, Leserbrief Tiroler Tageszeitung 4.4.2015.

¹⁷ Die folgenden Überlegungen verdanke ich Roman Siebenrock.

Anschläge im Jänner 2015 wurden alte Rezepte vorgeschlagen, die sich gerade in Frankreich selber immer weniger bewähren.

Die generelle Abschaffung des Religionsunterrichts und der öffentlichen Präsenz von Kirchen, Glaubensgemeinschaften und religiöser Gruppen wird in Österreich unter dem Banner der Laizität gefordert. Diese Laizität, die in Frankreich Staatsräson ist, beruht im Kern darauf, dass aus einer Missionsangst in allen öffentlichen Bereichen, der Pluralismus verdrängt wird, dass sich also Menschen in ihrer Unterschiedenheit und Vielfalt nicht zeigen dürfen. Damit wird aber nicht eine Neutralität und Freiheit erzielt, sondern das Monopol bestimmter Gruppen, die letztlich den Atheismus als Staatsgrundlage ansehen. Damit aber missachtet der Staat selbst seine Grundlage, er ist nicht neutral.

Gewalt entsteht nicht durch bestimmte weltanschauliche Überzeugungen oder allein durch Religion. Die Wurzel der Gewalt liegt in unserer Rivalität untereinander und unseren Mechanismen der Ausgrenzung (Mobbing und Bulling), sowie allen Formen mangelnder Solidarität. Nach dem 20. Jahrhundert haben wir die erschreckende Erfahrung gemacht, dass nicht nur Religion, sondern auch Vernunft, Wissenschaft und Aufklärung eine erschreckende Gewaltspur hinterlassen haben.

Die Rede von der weltanschaulichen Neutralität des Staates ist entweder ungenau oder falsch. Eine freiheitlich-rechtliche Staats- und Gesellschaftsordnung beruht immer auf jenen Werten, die in der Verfassung garantiert werden und als Grundlage des Zusammenlebens gewollt werden müssen: Vor allem die Menschenrechte, aber auch Anerkennung der demokratischen Instanzen und ihrer Repräsentanten. Eine Diktatur kann auf die Angst oder den bloßen Konformismus seiner Bürgerinnen setzen, die Demokratie bedarf der inneren, freien Zustimmung ihrer Bürgerinnen. Deshalb ist es nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig, dass der Staat jene gesellschaftlichen Gruppen fördert, die diese Werte vermitteln und auch in prekären Situationen dafür eintreten. Die grundlegenden Werte, die es hier zu fördern gilt, und auf die keine Gesellschaft verzichten kann, sind: wechselseitige Anerkennung und Solidarität.

Auch der Ethikunterricht kann und darf nicht neutral sein. Lehrpersonen sollen in den österreichischen Schulen für die Werte unserer Verfassung eintreten und diese auch durch ihr eigenes Auftreten und Verhalten fördern. Denn es gilt grundsätzlich: Es kann überhaupt keinen neutralen Unterricht geben, weil das Auftreten und der Umgang miteinander bereits Werte vermittelt. Auch kann kein Fach neutral unterrichtet

werden. Das würde die gähnende Langeweile verursachen. Auch in der Physik erwarte ich eine engagierte und vom eigenen Fach begeisterte Lehrperson. Oder sollte künftig Musik ohne Liebe und Hingabe vermittelt werden? Was wäre Mathematik ohne die Begeisterung am Verstehen eines Beweises?

Papst Franziskus hat zu solchen Bestrebungen, die Religion aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ Stellung bezogen: „Ein gesunder Pluralismus, der die anderen und die Werte als solche wirklich respektiert, beinhaltet keine Privatisierung der Religionen mit der Zumutung, sie zum Schweigen zu bringen und auf die Verborgenheit des Gewissens jedes Einzelnen zu beschränken oder sie ins Randdasein des geschlossenen, eingefriedeten Raums der Kirchen, Synagogen oder Moscheen zu verbannen. Das wäre dann letztlich eine neue Form von Diskriminierung und Autoritarismus. Der Respekt, der den Minderheiten von Agnostikern oder Nichtgläubigen gebührt, darf nicht auf eine willkürliche Weise durchgesetzt werden, die die Überzeugungen der gläubigen Mehrheiten zum Schweigen bringt oder die Reichtümer der religiösen Traditionen unbeachtet lässt. Das würde auf lange Sicht mehr den Groll schüren als die Toleranz und den Frieden fördern.“¹⁸ Es würde also undemokratisch sein und die pluralistische Gesellschaft in Totalitarismus auflösen, wenn religiös motivierte Menschen sich nicht öffentlich und politisch äußern, einbringen und betätigen dürften. Wir brauchen um der Demokratie willen eine „Vielsprachigkeit“, die das Lernen über Andersdenkende und Andersgläubige voraussetzt. Eine „agnostische Einheitssprache“ sollte auch in einem weltanschaulich neutralen Staat niemand abverlangt werden.

Und Demokratie und Menschenrechte würden ihre eigenen Voraussetzungen untergraben, wenn in Öffentlichkeit und Politik die religiösen Traditionen total ausgeblendet würden und auf ihr humanes und solidarisches Potential verzichtet werden müsste.

Für Jürgen Habermas ist Religion nicht ersetzbar im Bereich individueller Tröstung und in Bezug auf eine Form quasi politischer Praxis.¹⁹ Begriffe wie Moralität und Sitt-

¹⁸ Papst Franziskus, Apostolisches Schreiben EVANGELII GAUDIUM über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute, (VApS Nr. 194), Bonn 2013, 255.

¹⁹ „Die einfachen Wahrheiten des common sense und die geschichtlichen Kontinuitäten können freilich nicht allein die Bürde der erhofften geistig-moralischen Erneuerung tragen. Am wichtigsten ist der Appell an die bindenden Kräfte der Religion. Tatsächlich hat die Aufklärung eines nicht vermocht: das Bedürfnis nach Trost sei es zu stillen oder zum Vergessen zu bringen. Auch hat sie die zentrale Frage nicht beantwortet, ob denn von den religiösen Wahrheiten, nachdem die religiösen

lichkeit, Person und Individualität, Freiheit und Emanzipation können wir Europäer, so Habermas 1988, nicht ernstlich verstehen, „ohne uns die Substanz des heilsgeschichtlichen Denkens jüdisch-christlicher Herkunft anzueignen.“²⁰ Und 2001 erinnerte Habermas daran, dass Glaube nicht notwendig zum Fürchten ist, sondern zur Selbstkontrolle einer diesseitig-demokratischen Bürgerschaft hilfreich, wenn nicht unentbehrlich. Dabei hatte er die Bioethik im Blick und gab zu verstehen, dass in religiösen Überlieferungen wie dem Motiv der Gottebenbildlichkeit des Menschen Einsichten liegen, die auch eine weltliche Gesellschaft nur zu ihrem Schaden vernachlässigen kann.²¹

Religion ist nicht nötig für die Begründung von moralischem Handeln, aber für die Frage nach der Sinnhaftigkeit guten Handelns angesichts der faktischen Geschichte stellt sich die Frage nach Gott etc. unbedingt. Angesichts fortgesetzter, beschleunigter Veränderung hinkt Politik etc. immer hinter her. Für die Suche nach Orientierung, z. B. im Bereich der Bioethik oder der Wirtschaftsethik ist das Potential der religiösen Tradition unaufgebbar. „Vernunft und Religion verstricken sich auch in der Moderne noch gegenseitig in Lernprozesse. Die selbstkritische Auseinandersetzung der säkularen Vernunft mit Glaubensüberzeugungen vermöchte das Bewusstsein für das Unabgegoltene religiöser Überlieferungen zu schärfen und die Vernunft gegen einen ihr innewohnenden Defaitismus zu stärken.“²²

Manfred Scheuer, Bischof von Innsbruck

Weltbilder zerfallen sind, nicht mehr und nicht anderes als nur die profanen Grundsätze einer universalistischen Verantwortungsethik gerettet – und das heißt: mit guten Gründen, aus Einsicht, übernommen werden können.“ (Jürgen Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a. M. 1985, 52)

²⁰ Jürgen Habermas, Nachmetaphysisches Denken, Frankfurt a. M. 1988, 23.

²¹ Jürgen Habermas, Glauben und Wissen, in: FAZ Nr. 239, 15.10.2001, 9.

²² Jürgen Habermas, Ein Bewusstsein von dem, was fehlt. Über Glauben und Wissen und den Defaitismus der modernen Vernunft, in: NZZ 10. Februar 2007.